

im Blick hat. Wie auch schon beim Industriestrompreis muss ich aber leider feststellen, dass es einen solchen Einfluss bei Ihnen offensichtlich nicht gibt. Das ist bedauerlich für Sie. Uns hält es aber nicht davon ab, jeden Tag mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln für eine Verbesserung der Situation in Nordrhein-Westfalen zu arbeiten.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Abgeordnete Mostofizadeh.

Mehrdad Mostofizadeh* (GRÜNE): Vielen Dank. – Herr Präsident! Ich möchte zu Beginn die Gelegenheit für eine Klarstellung nutzen, Herr Kollege Dr. Maelzer. In meiner Rede habe ich gesagt, dass wir drei Möglichkeiten hätten, mit dem Problem umzugehen.

Ein Punkt wäre, Prioritäten zu setzen. Dazu habe ich etwas ausgeführt. Außerdem habe ich etwas zur Schuldenbremse ausgeführt. Ich bitte Sie, es im Protokoll nachzulesen, denn darin steht, dass ich gesagt habe: Man kann die Schuldenbremse zwar falsch finden – dazu habe ich auch eine Meinung –, aber sie gilt.

Ein verfassungstreues Parlament muss sich daran halten. Wir sind verfassungstreu und werden das deswegen auch tun. Wenn Sie es im Bund schaffen, die Verfassung zu ändern, dann haben wir eine neue Lage, über die wir reden können. Das nennt man eine seriöse und vernünftige Politik. Das unterscheidet uns an dieser Stelle, Herr Kollege.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich weise auch ausdrücklich zurück, dass ich gesagt hätte, die Schuldenbremse sei sakrosankt. Das habe ich nicht gesagt. Ich bitte, dass Sie das klarstellen und sich für diesen Fauxpas möglicherweise sogar entschuldigen.

(Zuruf von der CDU: Eine Entschuldigung wäre angebracht!)

Einen weiteren Punkt hat auch die Kollegin Schulze Föcking sehr schön angesprochen: Lindner soll uns nicht immer neue Probleme schaffen. Wir haben im Bundesrat das Wachstumschancengesetz und die Fragen der Umsatzsteuer. Auch die Kindergrundsicherung wird in den Bundesrat gehen.

Ich will es gar nicht im Einzelnen bewerten und sagen, wie ich dazu politisch stehe. Dazu können wir uns an anderer Stelle austauschen. Klar ist nur, dass die jetzigen Finanzierungsvorschläge das Land belasten werden: Mindestens 300 Millionen Euro beim Wachstumschancengesetz, Umsatzsteuer in der Gastronomie möglicherweise 400 Millionen Euro, bei

der Flüchtlingsaufnahme sollen uns zwischen 200 Millionen und 400 Millionen Euro strukturell gekürzt werden. Das sind die zusätzlichen Probleme, die Frau Schulze Föcking meint, denke ich. Und es türmen sich noch weitere auf.

Einen konstruktiven Vorschlag möchte ich zum Schluss machen. Der Kollege Ott hat gesagt, es soll einen Pakt für Nordrhein-Westfalen geben. Ich bin gerne bereit – wahrscheinlich auch die anderen Kolleginnen und Kollegen, auch wenn wir das noch nicht abgesprochen habe –, darüber zu reden. Wenn Sie bereit sind, sich mit uns in den Wind dafür zu stellen, dass eine Grundgesetzänderung und ein gemeinsamer Pakt für den Altschuldenfonds auf den Weg gebracht werden, können wir das gerne in den Pakt aufnehmen.

Wenn das Wachstumschancengesetz und auch die Umsatzsteuerausgleichszahlung oder die Flüchtlingskosten nicht auf dem Rücken der Länder gegenfinanziert werden, können wir das gemeinsam als Pakt machen. Dazu bin ich gerne bereit.

(Dr. Dennis Maelzer [SPD]: Berlin, wir zeigen nach Berlin!)

Aber auf der einen Seite Wunschzettel zu schreiben und es auf der anderen Seite anderen zu überlassen und sie dann dafür zu kritisieren, dass sie es nicht hinkriegen, ist billig und nicht mit uns zu machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Mostofizadeh. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Somit sind wir am Schluss der Aussprache, und ich schließe die Aktuelle Stunde.

Wir kommen zu:

2 Seelische Gesundheit geht uns alle an: Wir brauchen einen ganzheitlichen „NRW-Plan für Seelische Gesundheit“!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/6356

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Bakum das Wort.

Rodion Bakum* (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor sieben Monaten habe ich genau hier über seelische Gesundheit gesprochen. Wer im Ruhrgebiet oder auf dem Land lebt und vor sieben Monaten einen Psychotherapeuten angerufen hat, hat heute einen Termin bekommen. Glückwunsch!

Ich finde, das ist eine bedrückende Wahrheit, und deswegen müssen wir hier und heute darüber reden. Reden ist der erste Schritt zur Heilung. Obwohl alle behaupten werden, seelische Gesundheit sei ein wichtiges Thema, reden wir für meine Begriffe viel zu selten darüber, weil das Tabu in der Gesellschaft viel zu schwer wiegt. Brechen wir also das Schweigen.

(Beifall von der SPD)

Es ist ein wichtiges Thema, weil es uns alle betrifft. Schauen Sie einmal zur Seite: Sie oder Ihr Nachbar, Ihre Nachbarin werden im Laufe des Lebens eine seelische Erkrankung erleiden. Alle anderen von uns werden als Angehörige betroffen sein. Während viele von uns in vergangenen Aktionswochen mit grünen Schleifen auf die seelische Gesundheit aufmerksam gemacht haben, frage ich mich, was wir in diesem Parlament eigentlich bisher zu diesem Thema geleistet haben.

Während der sieben Monate seit meiner letzten Rede litten ca. 10,5 Millionen Erwachsene in Deutschland an einer seelischen Erkrankung. Um es nicht zu vergessen: Es gibt auch viele Kinder und Jugendliche, die durch die Coronapandemie und die Krisen unserer Zeit ganz besonders gebeutelt sind.

Daher hat meine Fraktion seit dem vergangenen Jahr einige Anträge eingebracht, die sich insbesondere mit der seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen befassen und sie durch eine bessere Versorgung, durch eine offene Aufklärung und mehr Schulsozialarbeit verbessern sollen.

Obwohl uns alle Experten zugestimmt haben, obwohl alle sagen, das sei ein wichtiges Thema, haben erst vor Kurzem die regierungstragenden Fraktionen von CDU und Grünen unsere Anträge abgelehnt, weil sie keine gemeinsame Haltung entwickeln konnten, obwohl sie unsere Anträge gut fanden.

Das sind im Übrigen nicht meine Worte, das sind die Worte – ich sehe ihn gerade leider von hier nicht – des geschätzten Kollegen Arndt Klocke von Bündnis 90/Die Grünen, nachzulesen im Kölner Stadtanzeiger vom 6. Oktober 2023, also genau vor 20 Tagen.

Liebe Kolleginnen von den Grünen, von den Konservativen erwarte ich nichts. Ich meine die CDU und nicht Sie.

(Lachen von der SPD)

Aber von Ihnen erwarte ich, dass Sie in der Regierung nicht nur Schlagzeilen produzieren, sondern auch die Schlagkraft entwickeln und haben, um Ihrem Koalitionspartner gegenüber auch mal Haltung anzunehmen.

(Beifall von der SPD)

Wir machen es Ihnen auch ganz leicht. Wir haben heute einen umfangreichen Antrag zur seelischen Gesundheit eingebracht. Ein Großteil davon ist

inspiriert vom Landespsychiatrieplan 2017 – dem Landespsychiatrieplan, den die grüne Landesgesundheitsministerin Barbara Steffens mit viel Engagement, viel Expertise und viel Überzeugungskraft erarbeitet hat.

Aber das Laumann-Ministerium hat uns im April dieses Jahres auf unsere Nachfrage im Ausschuss erklärt, dass ein Großteil der Punkte weder angegangen und schon gar nicht umgesetzt wurde. Das sind sechs verlorene Jahre für die seelische Gesundheit in unserem Land.

Ich bitte Sie inständig, dass wir in sechs Jahren hier nicht wieder stehen und beklagen, dass die Regierung zwar einen tollen Plan hat, aber keinen Antrieb, ihn umzusetzen.

(Beifall von der SPD)

Herr Laumann, ich gönne es Ihnen ja, wenn Sie in sechs Jahren als normaler Abgeordneter hier immer noch sitzen, aber mir wäre es lieber, wenn Sie bei dem Thema ein bisschen mehr Elan zeigten.

Ich will es noch einmal betonen: Es geht uns alle etwas an. Heute hier im Plenarsaal sind wir 195 Kolleg*innen. Davon brauchen statistisch gesehen 39 Kolleg*innen aufgrund einer seelischen Erkrankung dringend Hilfe. 39!

Ich bin sicher, alle anderen 156 Kolleg*innen kriegen es sehr genau mit, wenn es unseren Freundinnen und Freunden Abgeordneten schlecht geht. Werden wir sie ansprechen? Werden wir hinsehen? Werden wir ihnen helfen? Und wer hilft uns eigentlich, wenn wir an einer seelischen Erkrankung leiden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich lade alle vernünftigen Demokrat*innen ein, das Schweigen zu brechen und sich gemeinsam für die seelische Gesundheit in unserem Land starkzumachen. Wir alle sind betroffen, wir alle sind verantwortlich, jetzt zu handeln. – Bleiben Sie gesund. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Bakum. – Für die CDU-Fraktion spricht jetzt die Abgeordnete Gebauer.

Katharina Gebauer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns allen ist bewusst, dass die seelische Gesundheit genauso wichtig ist wie die körperliche Gesundheit.

Wenn Menschen psychisch gesund sind, können sie ihr volles Potenzial entfalten, ihre eigenen Ziele erreichen und Beziehungen aufbauen und aufrechterhalten. Sie können sich produktiv am Arbeitsplatz engagieren und zur Gemeinschaft beitragen.

Leider ist das jedoch viel zu häufig nicht der Fall. Im Laufe ihres Lebens erkranken viele Menschen an psychischen Erkrankungen. Dies kann jeden treffen – ob jung, ob alt, ob männlich oder weiblich. Die Erkrankten benötigen eine gute Betreuung durch unser Gesundheitssystem und starke soziale Strukturen, die sie auffangen.

Durch das Zusammenspiel von Psychotherapie und Psychopharmaka lassen sich viele psychische Erkrankungen heutzutage gut behandeln. Damit die Betroffenen diese bestmögliche Behandlung erhalten, ist es unsere Aufgabe als Gesetzgeber, Maßnahmen zu ergreifen, um die seelische Gesundheit zu fördern und zu schützen.

Aber sprechen wir zuerst einmal über den vorliegenden Antrag. Wie ich bereits sagte, ist es wichtig, dass wir das Thema „seelische Gesundheit“ hier im Plenum debattieren. Dennoch ist Ihr Antrag in meinen Augen nicht zielführend und zum Teil unsauber. Eine ganzheitliche Strategie gemeinsam mit einer Vielzahl an Akteuren – darunter unter anderem Bund, Kommunen und Krankenkassen – zu erarbeiten, ist eine Forderung, über die wir gerne gemeinsam im Ausschuss diskutieren können. Dann aber über zehn Seiten ein Sammelsurium an Forderungen aufzulisten, ist mit Sicherheit an dieser Stelle nicht zielführend.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Für uns als Regierungskoalition ist die psychische Gesundheit ein integraler Bestandteil einer ganzheitlichen Gesundheitsversorgung. Deshalb möchten wir in dieser Legislaturperiode ein umfassendes Angebot schaffen

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Wie sieht das denn aus? – Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

sowie die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen vorantreiben.

Durch den Austausch mit Betroffenen und Experten, die Durchführung von Fachtagungen und die Beauftragung von Gutachten steht die Landesregierung in Kontakt mit relevanten Akteuren und setzt wichtige Impulse. Beispielsweise werden wir Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräfte bessere psychisch-soziale Unterstützung zukommen lassen und die psychologischen Beratungsangebote für Studenten ausbauen.

Die von Ihnen geforderte Fortschreibung des Landespsychiatrieplans wird bereits umgesetzt. § 32 Abs. 3 des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten sieht eine regelmäßige Prüfung der Notwendigkeit einer etwaigen Fortschreibung vor. Im letzten Jahr ist das MAGS zu der Einschätzung gekommen, dass die Notwendigkeit vorliegt. Seit diesem Jahr wird der Plan unter Mitarbeit des Landesfachbeirats Psychiatrie überar-

beitet, der im nächsten Jahr vorgelegt wird. Damit wird ein ganzheitlicher Plan vorliegen.

Einer der Schwerpunkte des überarbeiteten Plans wird die Kinder- und Jugendpsychiatrie sein. Durch Gespräche mit allen relevanten Akteuren sollen dafür Handlungsempfehlungen zur Verbesserung erarbeitet werden. Flankiert wird dies durch die Bestimmungen des Landeskinderschutzgesetzes, das eine starke Zusammenarbeit von Gesundheitswesen und Jugendhilfe zum Schutz des Wohles von Kindern vorsieht.

(Vereinzelt Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Der neue Krankenhausplan adressiert den Mangel an psychiatrischen Einrichtungen und baut die wohnortnahen tagesklinischen Versorgungsangebote deutlich aus. Gerade in den ländlichen Gebieten, aber auch in den Städten gibt es zu wenige Psychiatriepraxen. Im Rahmen der Selbstverwaltung sind die Krankenkassen verantwortlich.

Wo es möglich ist, unterstützt das Land bei der Bedarfsplanung. So setzt die Landesregierung sich mit den anderen Bundesländern beim Bund unter anderem dafür ein, die Kinder- und Jugendpsychotherapeuten aus der Arztgruppe in eine Gruppe der Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten auszugliedern und eigenständig zu führen. Das würde eine abgestimmte und genauere Bedarfsplanung ermöglichen.

Wie Sie sehen, hat die Landesregierung das Ziel vor Augen, die mentale Gesundheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen zu verbessern und vermehrt Unterstützungsangebote bereitzustellen. Gerne diskutieren wir mit Ihnen gemeinsam, wie wir den Weg zu diesem Ziel im Detail ausgestalten. Auch wenn Ihr Antrag einige Mängel aufweist, diskutieren wir ihn gerne gemeinsam und konstruktiv mit Ihnen im Ausschuss. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Frau Kollegin Gebauer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt der Kollege Klocke.

Arndt Klocke^{*)} (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion, allein an der Zunahme der Beratungen zum Thema „seelische Gesundheit, mentale Gesundheit“ in den letzten zwei Jahren sieht man, dass dieses Thema in der Öffentlichkeit ernster genommen wird und dass Menschen sich mehr trauen, über Dinge zu reden.

Es ist ja nicht so, als wäre das jetzt ein Trendthema. Das hätte man vor 10 und 20 Jahren genauso intensiv diskutieren können. Die Lage hat sich natürlich

durch die Pandemie noch mal zugespitzt. Aber auch schon vor 20, 30 Jahren gab es deutlich zu wenige Therapieplätze, Behandlungsangebote etc.

Es ist gut, dass das Stigma schwindet. Ich hatte die Ehre, im Oktober Schirmherr der „KölnBonner Woche für Seelische Gesundheit“ zu sein – 150 Einzelveranstaltungen, zumeist sehr gut besucht. Ich war bei einigen dabei.

Die Fülle an Veranstaltungen und Anbietern – Volkshochschulen, Krankenkassen, Einzelinitiativen – zeigt einfach, wie stark die Nachfrage und auch die Notwendigkeit ist, in diesem Bereich etwas zu machen.

Deswegen ist der SPD-Antrag eindeutig begrüßenswert. Da steckt viel Arbeit drin; er ist sehr umfangreich und enthält sehr viele Detailforderungen. Aber was mir nicht an dem Antrag gefällt, wenn man ein bisschen in die Tiefe geht, will ich klar sagen. Es heißt immer wieder: „die Landesregierung muss, die Landesregierung muss, die Landesregierung muss“.

Ich habe heute Morgen das Interview der Kollegin Kapteinat auf WDR 5 gehört. Da wurde sie von der Moderatorin gefragt: Sie werfen der Landesregierung vor, es gibt zu wenige Therapieplätze. Was könnte die Landesregierung hier machen? – Dann antworten Sie, Frau Kapteinat, gar nicht auf die Frage,

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

sondern sagen, man müsse in der Schule mehr Prävention und Vorsorge betreiben etc.

(Rodion Bakum [SPD]: Dann haben Sie nicht alles gehört!)

– Ich habe sehr genau zugehört. Ich habe es im Podcast gehört.

Die Landesregierung kann einzelne Kassensitze mit Gemeinden verhandeln. Aber die Frage des Therapeutenschlüssels, also die Frage zusätzlicher Angebote, liegt eindeutig bei der Kassenärztlichen Vereinigung, bei der Bundesärztekammer und beim Bundesgesundheitsministerium.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da muss man ansetzen. Wenn man acht Seiten ...

(Rodion Bakum [SPD]: Aber die Ausbildung liegt im Land! Die Ausbildung ist hier!)

– Herr Bakum, Sie können gern eine Zwischenfrage stellen, aber Sie müssen nicht dazwischenreden.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, das war dann mein Stichwort.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Der Wunsch nach einer Zwischenfrage liegt von der Kollegin Kapteinat vor.

Arndt Klocke* (GRÜNE): Wunderbar.

Lisa-Kristin Kapteinat (SPD): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Herzlichen Dank, Herr Kollege Klocke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Sie sagen, Sie haben das ganze Interview gehört. Dann haben Sie auch gehört, dass die Anzahl der Psychiaterinnen und Psychiater und Psychotherapeuten in den nächsten Jahren zurückgehen wird, da einige in Rente gehen werden. Insbesondere im Bereich der Ausbildung müssen wir daher ganz viel machen. Da ist vielleicht auch das Land in der Verantwortung. Oder sind Sie der Meinung, darum sollte sich vielleicht besser Berlin kümmern, und wir sollten hier eigentlich gar nichts tun? Ich bin wirklich entsetzt darüber, dass Sie, der Sie ansonsten immer vorgeben, dass Ihnen das Thema sehr, sehr wichtig sei, hier jetzt suggerieren, man müsste eigentlich gar nichts tun und es würde so ausreichen.

Arndt Klocke* (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Kapteinat, ich gebe nicht vor, dass mir das Thema wichtig ist, sondern es ist mir sehr wichtig.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, darf ich Sie kurz unterbrechen?

Arndt Klocke* (GRÜNE): Ach, bin ich noch nicht dran?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Nein, erst wenn ich sage, Sie sind dran, sind Sie dran. – Aber der Hinweis an die Kollegin Kapteinat lautet: Ich bitte Sie, die Zwischenfrage auf eine Zwischenfrage zu konzentrieren. Das ging schon fast in die Richtung einer Kurzintervention. – Herr Kollege Klocke, jetzt dürfen Sie.

Arndt Klocke* (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident. – Ich habe das Interview ausführlich gehört und den Antrag ausführlich gelesen. In dem Antrag suggerieren Sie, dass die Landesregierung dafür sorgen könnte, dass wir flächendeckend eine bessere therapeutische Versorgung bekommen. Das ist nicht der Fall.

(Rodion Bakum [SPD]: Doch!)

Das müssten Sie auch wissen, wenn Sie fachlich im Thema sind.

Ich gebe das auch nicht nur vor, sondern es ist ein Herzensanliegen. Ich bin selbst Betroffener und mache das politisch als Fachsprecher. Der Schlüssel für

eine deutlich verbesserte therapeutische Versorgung liegt in Berlin. Das müssten Sie eigentlich auch wissen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU – Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Wir können hier in Nordrhein-Westfalen einzelne Kassensitze anbieten. Das ist im Zusammenhang mit der Flutkatastrophe auch passiert. Aber dass wir in Köln 50 oder 100 Kassensitze mehr bekommen, muss in Berlin organisiert werden. Der Bundesgesundheitsminister ist Sozialdemokrat. Wir unterstützen das aus Nordrhein-Westfalen heraus gerne. Aber man sollte die Adressaten schon richtig benennen und nicht so tun, als wenn hier von Landesseite alles in dem Bereich möglich wäre, was Sie im Antrag fordern.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Ich habe den Antrag durchaus grundsätzlich gelobt und freue mich auch auf die Debatte und die Aussprache im Ausschuss.

(Jochen Ott [SPD]: Ich glaube, die wird differenzierter!)

Mir gefällt es allerdings nicht, so zu tun, als wäre alles getan, wenn das Land entsprechend initiativ würde. Sie geben zum Beispiel die psychiatrischen Kliniken an. Ein großer Träger psychiatrischer Kliniken in diesem Land sind die Landschaftsverbände. Wenn man also zur Verbesserung der Versorgung, zu einer Modernisierung von Kliniken und zu verbesserten Angeboten kommen will, dann muss man das im Dialog und im Austausch mit den Landschaftsverbänden tun. Das kann nicht eins zu eins aus dem Gesundheitsministerium heraus gemacht werden. Das noch als zweiten Punkt.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Herr Kollege, Ihre motivierte Rede verleitet zu einer Zwischenfrage. Es ist der Kollege Bakum. Lassen Sie die Zwischenfrage zu, Herr Klocke?

Arndt Klocke⁹⁾ (GRÜNE): Ja, selbstverständlich.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Danke sehr.

Rodion Bakum⁹⁾ (SPD): Vielen Dank, Herr Kollege Klocke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich muss leider noch mal nachfragen: Wer ist denn Ihrer Meinung nach für die Ausbildung der Mediziner – Mediziner der Fachpflege – zuständig, wenn nicht das Land Nordrhein-Westfalen, um am Ende die Kassenarztsitze, aber auch die Stellen in den Krankenhäusern zu besetzen?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön, Herr Klocke.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ach Leute! – Zuruf von Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales)

Arndt Klocke⁹⁾ (GRÜNE): Gut, jetzt kommen wir in die Verästelungen der Verästelungen.

(Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Das liegt doch an den Versorgungsschlüsseln!)

Also, für die Mediziner Ausbildung sind die Universitäten zuständig. Wir haben eine Hochschul...

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Und die gehören nicht dem Land? – Zuruf von Rodion Bakum [SPD])

– Frau Kapteinat, Sie sind ganz aufgeregt bei dem Thema.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Natürlich, weil das emotional ist!)

– Es ist auch ein Thema, das der Leidenschaft bedarf. Aber ich verstehe gar nicht, warum Sie mich die ganze Zeit angreifen. Ich habe Sie doch für den Antrag gelobt. Irgendwie merke ich so eine sonderbare Unruhe bei Ihnen.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Es wäre schön, wenn man das auch am Abstimmungsverhalten merken würde von CDU und Grünen! – Widerspruch bei CDU und GRÜNEN – Mehرداد Mostofizadeh [GRÜNE]: Mangelnde Präzision führt eben nicht zu einem Ergebnis!)

– Liebe Frau Kollegin, das Abstimmungsverhalten ist doch bei diesem Antrag wohl klar. Es ist eine Überweisung geplant. Ich freue mich sehr auf die Debatte im Ausschuss.

(Zuruf von Lisa-Kristin Kapteinat [SPD])

– Der Überweisung werden wir mit Sicherheit zustimmen. Davon können Sie ganz sicher ausgehen.

(Heiterkeit und Beifall von den GRÜNEN – Rodion Bakum [SPD]: Bekomme ich noch eine Antwort? – Weitere Zurufe – Glocke)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Zwischenfrage gestellt worden. Der Kollege Klocke ist bei der Beantwortung. Wir sind hier das Parlament, in dem in erster Linie vom Redepult aus geredet wird. Die bilateralen Gesprächen können Sie dann gerne anschließend und auch im Ausschuss führen, aber jetzt hat erst mal ausschließlich der Kollege Klocke das Wort.

Arndt Klocke* (GRÜNE): Ich freue mich doch, dass wir das so intensiv diskutieren. Erst einmal sind zahlreiche Kolleginnen und Kollegen anwesend. Es sind viele auf den Zuschauertribünen. Das ist dem Thema angemessen, und das ist auch gut so. Ich habe Ihre Frage beantwortet.

(Rodion Bakum [SPD]: Das stimmt einfach nicht!)

Für die Frage der Ausstattung und der Fortschreibung unserer Kliniken sind im Wesentlichen die Landschaftsverbände zuständig. Da muss man in den Dialog treten; das kann und sollte das Ministerium auch machen. Aber Ihr Antrag suggeriert, dass das ausschließlich aus dem Ministerium heraus möglich ist.

Herr Kollege Bakum, wenn man einen kurzen Antrag mit einer Seite stellt, dann kann man das verknappen. Aber wenn man neun Seiten vorlegt, dann erwarte ich schon eine gewisse Detailschärfe. Diese haben Sie in einer ganzen Reihe von Punkten nicht vorgelegt. So, das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall von den GRÜNEN – Elisabeth Müller-Witt [SPD]: Es spricht der Fachmann!)

Ich komme zum letzten Teil meiner Rede. Ich teile an diesem Antrag, dass es jetzt darum geht, die 65 Handlungsempfehlungen aus der Enquetekommission Einsamkeit umzusetzen. Ich würde mir wünschen, dass wir das als Parlament gemeinsam hinkommen und es hier nicht im Parteienstreit machen. Das ist ein Thema, das alle etwas angeht. Es ist auch gut, wenn das entsprechend formuliert wird.

Ich finde auch – das sage ich als grüner Redner auch –, dass wir an der Stelle einen Zahn zulegen können. Die Enquetekommission ist jetzt seit etwa zwei Jahren beendet. Ich meine, dass die Umsetzung der entsprechenden Maßnahmen und die Administrierung – die Notwendigkeit ist sowieso da – jetzt entsprechend vorangetrieben werden müssen.

Für mich ist ein ganz entscheidender Punkt – in dem Moment war ich leider gerade draußen, als Herr Kollege Bakum mich angesprochen hat – und ganz klar: Ein wichtiger Schlüssel in diesem Bereich liegt in den Schulen. Die Schule ist eine ganz wichtige Sozialisationsinstitution, in der alle Menschen – oder fast alle jungen Menschen – zehn bzw. 13 Jahre verbringen.

(Jochen Ott [SPD]: Deswegen ist es so traurig, dass es abgelehnt wurde!)

Deswegen ist es ein ganz wichtiges Anliegen. Daher hat es mich auch nicht gefreut, dass wir auf der einen Seite den Antrag der SPD-Fraktion ablehnen mussten, auf der anderen Seite aber keinen eigenen vorgelegt haben.

(Lachen von Thorsten Klute [SPD])

An der Stelle müssen wir noch nachlegen; davon bin ich absolut überzeugt.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Die Thema „Mental Health“ muss in die Schulen. Das Programm „Mental Health Coaches“ von Ministerin Paus bzw. der Bundesregierung ist dafür ein wichtiger Schritt. Es ist ein Anfang. Es sind 100 Mental Health Coaches bundesweit. Wenn man weiß, wie viele Schulen existieren, dann weiß man, dass das nicht ausgesprochen viel ist.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Die Redezeit, Herr Kollege.

Arndt Klocke* (GRÜNE): Aber in diesem Bereich müssen wir mehr tun. Wir müssen den Schülerinnen und Schülern mehr vermitteln, damit sie präventiv für ihre Gesundheit sorgen können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Bevor ich in der Tagesordnung weiter vorangehe, möchte ich an dieser Stelle Ehrengäste auf der Besuchertribüne herzlich begrüßen. Der Präsident des Parlaments der Wallonie, Herr André Frédéric, stattet dem Landtag in Nordrhein-Westfalen heute seinen Antrittsbesuch ab.

Herr Präsident! Im Namen aller Mitglieder des Landtages Nordrhein-Westfalen begrüße ich Sie, Herrn Präsidenten Frédéric und Herrn Rixhon, im Plenarsaal des Landtages Nordrhein-Westfalen. Herzlich willkommen! Ich freue mich, dass Sie unsere Gäste sind.

(Beifall von allen Fraktionen und von der Regierungsbank)

Als Nächste hat die Kollegin Schneider von der FDP-Fraktion das Wort.

Susanne Schneider (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen und Kolleginnen! Herr Klocke, Sie haben gerade beklagt, dass wir immer fordern würden: Die Landesregierung muss, die Landesregierung muss. Ich wäre unheimlich glücklich, wenn ich zu diesem Thema mal hören würde: Die Landesregierung tut, die Landesregierung macht, die Landesregierung liefert.

(Beifall von der FDP und der SPD – Arndt Klocke [GRÜNE]: Ich bin nicht die Landesregierung, Frau Kollegin! – Norwich Rüße [GRÜNE]: Muss er das noch mal erklären?)

Dann kommt natürlich sofort der Fingerzeig nach Berlin – der Klassiker –, und Sie erklären, dass von

Landesseite nicht alles möglich sei. Da gebe ich Ihnen recht. Von Landesseite ist nicht alles möglich, aber zum Thema „psychische Gesundheit“ wäre deutlich mehr möglich, als wir im Moment haben.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Wir haben im Landtag von NRW bereits über die psychotherapeutische Versorgung in unterversorgten Regionen wie etwa den Flutgebieten diskutiert. Die seelische Gesundheit rückt also immer mehr in die politischen Debatten und den öffentlichen Fokus. Das ist gut so, denn der Handlungsbedarf ist hier groß.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Frau Kollegin Schneider, entschuldigen Sie, wenn ich Sie unterbreche. Es liegt der Wunsch nach einer Zwischenfrage des Kollegen Mostofizadeh vor. Lassen Sie die zu?

Susanne Schneider (FDP): Sehr gerne, Herr Präsident.

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön.

Mehrdad Mostofizadeh^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Vielen Dank, Frau Kollegin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

Vielleicht bin ich schwerhörig oder schwer von Kapee, kann ja beides sein.

(Jochen Ott [SPD]: Das wollen wir jetzt nicht kommentieren!)

– Gute Vorlage und wieder eine entsprechende Antwort von rechts.

(Zuruf von der SPD: Oho!)

Die Frage an Sie: Der Kollege Klocke hat ausgeführt, dass für die Zuteilung der Kassensitze die Kassenärztliche Vereinigung zuständig ist und für die Veränderung der Vorgaben der Bundesgesundheitsminister und der Gemeinsame Bundesausschuss. Was an diesen Aussagen ist falsch?

Vizepräsident Rainer Schmeltzer: Bitte schön, Frau Kollegin.

Susanne Schneider (FDP): Ich habe überhaupt nicht gesagt, dass an dieser Aussage irgendetwas falsch ist. Ich habe nur gesagt, dass von Landesseite deutlich mehr möglich sei, um eine gute psychische Versorgung zu gewährleisten.

(Beifall von der FDP und der SPD)

Die psychische Gesundheit ist eine wesentliche Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. Durch die Förderung von

psychischer Gesundheit und der Prävention wird die Gesellschaft sensibilisiert, und Einzelnen kann schnell geholfen werden. Viele Erkrankungsverläufe sind durch die Psyche mitbestimmt und können durch die frühzeitige Einbindung von Psychotherapeuten positiv beeinflusst werden.

Bei der seelischen Gesundheit müssen wir uns vor allem zwei grundlegenden Herausforderungen stellen:

Erstens. Wir müssen dringend über die Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen reden. Die Stigmatisierung führt dazu, dass Menschen eine Behandlung zu spät beginnen, unter Diskriminierung leiden und langsamer genesen. Aufklärung erleichtert es den Betroffenen, sich frühzeitig Hilfe zu holen und so schneller zu gesunden. Es kann jeden von uns treffen, wie Kollege Bakum schon ausgeführt hat, unabhängig vom Alter oder anderen sozialen Merkmalen. Sich in Krisensituationen Hilfe zu holen und Unterstützung zu suchen, ist kein Zeichen von Schwäche und kein Grund für Scham.

Die zweite grundlegende Herausforderung ist die Sicherstellung der psychotherapeutischen Versorgung. Volle Wartelisten mit monatelanger Wartezeit sind leider die Regel. Während der Coronapandemie sind die Wartelisten sogar noch deutlich länger geworden. In NRW warten vor allem Menschen im Ruhrgebiet und außerhalb von Großstädten viel zu lange auf einen Therapieplatz. Schnelle Hilfe ist fast unmöglich, wodurch sich die Problematik sogar noch verschärft.

Anstatt bis zu neun Monate oder noch länger warten zu müssen, muss es das Ziel sein, dass niemand länger als zwei Wochen auf einen Therapieplatz warten sollte.

(Beifall von der FDP)

Wir brauchen dringend eine Bedarfsplanung, die klare Vorgaben macht, um vor allem die Situation in unterversorgten Regionen deutlich zu verbessern.

Die Kolleginnen und Kollegen haben nun einen sehr umfangreichen Antrag zur seelischen Gesundheit vorgelegt. Es werden zwölf unterschiedliche Themenbereiche und insgesamt über 100 konkrete Einzelforderungen aufgestellt. Darauf kann ich hier in fünf Minuten unmöglich detailliert eingehen.

Ein wenig drängt sich auch der Eindruck eines Sammelsurims auf. Es wurden einfach alle Einzelforderungen untereinander geschrieben, die mal in den verschiedenen Bereichen gestellt und diskutiert wurden. Mir stellt sich schon die Frage, ob es nicht besser wäre, sich bei dieser wichtigen Thematik zunächst auf Leitlinien zu konzentrieren und die Details der angesprochenen Bereiche gesondert zu beraten.

Für die FDP-Landtagsfraktion möchte ich einige Aspekte hervorheben, die für uns neben den beiden

erwähnten grundlegenden Herausforderungen besonders wichtig sind:

Ängste, Sorgen und depressive Symptome haben während der Coronapandemie vor allem bei jungen Menschen deutlich zugenommen. Umso wichtiger ist es, bei Kindern und Jugendlichen die psychotherapeutische Versorgung zu verbessern, damit sich Probleme nicht derart verfestigen, dass sie sie womöglich das ganze Leben weiter belasten. Auch die Präventionsarbeit muss bereits bei jungen Menschen beginnen.

Die Digitalisierung bietet auch für die psychotherapeutische Versorgung einige Chancen, die weit über Videosprechstunden und Fernbehandlungen als ergänzende Angebote hinausgehen. Insgesamt müssen telemedizinische Strukturen weiter ausgebaut werden.

Zudem ist Hilfe zur Selbsthilfe ein Grundsatz, dem wir uns als Liberale in besonderer Weise verpflichtet fühlen. Die Förderung der Selbsthilfe ist ein besonders wichtiger Themenbereich.

Insgesamt bietet der SPD-Antrag eine gute Grundlage für die Debatte im Fachausschuss. In den weiteren Beratungen wird es unsere Aufgabe sein, sich nicht in Einzelforderungen zu verzetteln. – Ich danke Ihnen.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Herr Dr. Vincentz das Wort.

Dr. Martin Vincentz (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die SPD legt uns heute eine Fleißarbeit ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter zum Thema „seelische Gesundheit“ vor, die in der Tat über 100 Forderungen enthält.

(Thorsten Klute [SPD]: Oh! – Rodion Bakum [SPD]: Das ist eine Teamarbeit!)

Die anderen Fraktionen haben schon erklärt, dass man innerhalb von fünf Minuten kaum alles sinnstiftend abhandeln und Sinn von Unsinn auseinanderdividieren kann. Ich nehme aber an, dass nach der Überweisung noch eine Anhörung stattfinden wird und wir noch viel Gelegenheit haben werden, uns darüber zu unterhalten; denn es ist ein wichtiges Thema.

Ich würde gerne die verbleibenden viereinhalb Minuten für einige grundlegende Erörterungen nutzen wollen.

(Thorsten Klute [SPD]: Muss nicht sein!)

Ich möchte mit der Frage starten, ob Sie mal von Theodore „Ted“ Kaczynski gehört haben.

(Zuruf von Thorsten Klute [SPD])

Er ist Ihnen vielleicht eher bekannt – zur Not nach der Netflix-Doku, NRW-Abitur – unter dem Namen „Unabomber“. Es ist ein Ökoterrorist – so würde man ihn wahrscheinlich heute beschreiben –, der in den 70er-, 80er- und 90er-Jahren Briefbomben an verschiedene Personen verschickt und damit tragischerweise auch einige Todesopfer verursacht hat.

Jetzt könnte man sagen, Fall abgehakt, ein verwirrter Geist, vielleicht ein tragischer Fall psychischer Erkrankung, vielleicht aber auch nur ein Terrorist, und das Ganze wäre gegessen.

Wenn man aber ein bisschen weiter in seine Biografie schaut, stellt man fest: Es ist wirklich eine ganz tragische Geschichte. Dieser Mann hat nicht nur als mathematisches Wunderkind begonnen und dann mit einer Juniorprofessur an einer Eliteuniversität in den USA seine Karriere fortgesetzt, sondern er wurde von seiner Regierung aller Wahrscheinlichkeit nach in einem US-amerikanischen Programm gefoltert – eine wilde und wüste Geschichte, die müssen Sie sich angucken –, bevor er sich dann in einer einsamen Kabine in die Natur zurückgezogen und dort ein Manifest geschrieben hat.

Nun kann man sagen, das Schreiben eines Manifests ist Terroristen nicht fremd. Allerdings – und das ist recht spannend – wird genau dieses Manifest heute im Zusammenhang mit Digitalisierung, mit ChatGPT und mit Kontrollverlust, was künstliche Intelligenz angeht, von vielen Größen der Techbranche zitiert, sei es Sam Altman, sei es Mark Zuckerberg, seien es andere, die immer wieder auf ihn verweisen.

Dieses mathematische Wunderkind scheint also irgendwie, vielleicht auch in seinem Wahnsinn, einen wunden Punkt getroffen zu haben. Was er anspricht, das sind zwei sehr wesentliche Säulen:

Zum einen sagt er, dass innerhalb der letzten 200 Jahre, im Prinzip seit dem 19. Jahrhundert, das technische Vorankommen derart rasant war, dass die menschliche Evolution dem offensichtlich nicht gewachsen war. In der Tat spielen wir eigentlich auf einer Hardware, die noch bei einem Menschsein verblieben ist, das eher daran gewöhnt ist, rund ums Lagerfeuer in Kleinstgruppen zwischen Jägern und Sammlern zu sitzen. Unsere gesamte Gestalt, unser gesamtes Wesen basiert im Prinzip immer noch darauf. Bei dem, was in den letzten 200 Jahren rasant passiert ist, sind wir nicht hinterhergekommen.

Eine zweite wesentliche Beobachtung stellt er an – das ist nicht ganz falsch, wenn Sie darüber nachdenken –, und zwar dass wir – das ist genau der biologische Kern des Menschseins – offensichtlich mit vielen Facetten der Moderne nicht wirklich klarkommen.

Da sind die ständige Lärmbelastung, das Miteinander, die großen urbanen Räume und auch die Arbeitsbelastung, die in einem wunderbaren Chaplin-Film so schön zusammengefasst wurde, die kaum

mehr sinnstiftend ist, sondern eher nur noch als repetitiver Wahnsinn wahrgenommen wird. Viele Episoden der Moderne können fast nur noch als kafkaesk, als orwellianisch, als zynisch beschrieben werden und führen offensichtlich dazu, dass ein nicht unerheblicher Anteil der Menschen mit psychischer Krankheit darauf reagiert.

Es ist ja nun wirklich kein Geheimnis, dass wir vielleicht ein Stück weit überdiagnostizieren, dass heute schlichtweg mehr Menschen mit psychischer Krankheit gesehen werden als noch vor einigen Jahren. Es ist auch kein Geheimnis, dass die von Ihnen so geliebten Coronamaßnahmen sicherlich zu einer Explosion der Fälle geführt haben.

Dennoch stellt man bei all dem fest, dass immer mehr Menschen unter psychischen Erkrankungen leiden. Die Frage ist doch, woran genau das liegt und ob es nicht viel mehr braucht als eine Zunahme der Psychotherapeutenplätze, wenn wir dieses wichtige Thema diskutieren, sondern tatsächlich eines Masterplans für psychische Gesundheit bedarf, der uns als Gesellschaft in ihrem Tiefsten berührt.

Wenn wir uns an dieser Stelle Zeit dafür nehmen, über psychische Gesundheit zu sprechen, dann vielleicht auch, um den alltäglichen Wahnsinn einmal zu reflektieren – das, was wir machen, was Gesellschaft mit uns macht, ob wir uns unter Umständen Lebensbedingungen unterwerfen, die wir als Politiker selbst entwerfen. Der Mensch ist zum Glück sehr anpassungsfähig, aber viele Menschen können das eben nicht vernünftig copen, können nicht vernünftig damit umgehen, sodass man eigentlich nur noch in Verrücktheit verfallen kann.

Es gibt immer Stoiker, die mit allem sehr gut zurechtkommen – mit persönlichem Verlust und auch mit Moderne –, aber es gibt offensichtlich einen immer größeren Teil der Menschheit, der nicht sehr gut mit der Moderne klarkommt, sodass wir mittlerweile in US-amerikanischen Ballungsräumen fast von einer Mehrheit von Menschen ausgehen müssen, die Psychopharmaka nehmen.

Wenn Sie sich – Herr Bakum hat es ausgeführt – in Ihrer Bekanntschaft, in Ihrer Verwandtschaft umschauen, dann werden Sie feststellen, dass die Fälle derer, die mit Depressionen, mit Ängsten, mit anderen psychischen Erkrankungen reagieren, immer mehr werden.

Die Frage bleibt – das möchte ich Ihnen an dieser Stelle mitgeben –: Woran liegt das eigentlich? Vielleicht kann sich ein Masterplan in allererster Linie damit beschäftigen, bevor wir dann an den Symptomen herumkurieren, wie die Politik das gerne macht. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Landesregierung spricht nun Minister Laumann. – Herr Minister Laumann, Sie haben das Wort.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD hat zum Thema „psychische Gesundheit“ einen umfangreichen Antrag vorgelegt. Natürlich kann man in fünf Minuten inhaltlich so gut wie nicht auf solch einen Antrag eingehen; deswegen ist es gut, dass er im Ausschuss ausführlich diskutiert wird.

Auch wenn es schon oft gesagt wurde: Die Herausforderungen der letzten Jahre haben Spuren bei den Bürgerinnen und Bürgern im Land hinterlassen, sei es wegen Corona, sei es wegen des Angriffskriegs auf die Ukraine oder seien es andere Krisen, die wir zurzeit zu bewältigen haben.

Diese Spuren zeigen sich auch in Form von physischen Belastungen und Krisen bis hin zu krankheitswertigen Störungen; vor allem Kinder und Jugendliche sind hier besonders betroffen.

Daher braucht es aus meiner Sicht einen ganzheitlichen Blick auf die psychische Gesundheit. Genau einen solchen Blick richten wir auf die psychische Gesundheit der Bürgerinnen und Bürgern im Land, indem wir den Landespsychiatrieplan fortschreiben.

An dieser Stelle ein Satz zum SPD-Antrag: Wenn Sie sagen, wir sollten ihn dieses Jahr noch vorlegen, dann muss man einmal ehrlich sein. Man kann nicht in ein paar Monaten einen Landespsychiatrieplan machen.

(Rodion Bakum [SPD]: Früher anfangen!)

Der zweite Punkt ist: Mit der Sitzung des Landesfachbeirates Psychiatrie am 16.10. hat die Fortschreibung des Planes begonnen. Das Ziel des MAGS ist es, dass wir ihn Ende 2024 vorlegen.

Damit will ich zu Punkten kommen, die wir ganz konkret anpacken:

Erstens. In der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung besteht dringender Handlungsbedarf. Das Problem der Wartezeiten ist uns allen bekannt, es ist heute schon oft besprochen worden. Hier sind sich alle Bundesländer einig, dass der Bund sein Verhalten und seine Vorgaben ändern muss, sonst ist das Problem nicht zu beherrschen.

Zweitens. Bis es so weit ist, reagieren wir zusammen mit den Kassenärztlichen Vereinigungen auf die örtlichen Versorgungsengpässe mit Sonderbedarfszulassungen und Ermächtigungen.

(Thorsten Klute [SPD]: Okay!)

Drittens. Die Landesregierung fördert seit 2022 die Arbeit von gemeindepsychiatrischen Verbänden. So können Hilfen für psychisch kranke Menschen vor Ort einrichtungsübergreifend gut aufeinander abgestimmt werden.

Viertens. Der Krankenhausplan Nordrhein-Westfalen bekräftigt in den vergangenen Jahren festgestellte zusätzliche Bedarfe in den psychiatrischen Leistungsbereichen. Er schafft daher Raum für einen weiteren deutlichen Ausbau von wohnortnahen tagesklinischen Versorgungsstrukturen.

Fünftens. Außerdem ist geplant, das Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten, kurz: PsychKG, zeitnah den aktuellen Bedarfen anzupassen.

Sechstens. Psychische Erkrankungen sind oftmals ein entscheidendes Hindernis für Menschen im SGB II dabei, sich wieder eine berufliche Perspektive zu eröffnen. Daher schulen Jobcenter, auch die kommunalen, Personal, um mit passgenauen Unterstützungsangeboten auf diesem Weg begleiten zu können. Das MAGS hat diese Maßnahme initiiert.

Siebtens. Auch die psychische Gesundheit älterer Menschen haben wir im Blick. Mit der Fünfsäulenstrategie der Landesregierung gegen Einsamkeit holen wir die Einsamkeit als vielschichtiges Phänomen aus der Tabuzone heraus.

Sie sehen also, Frau Schneider, es gibt ganz konkrete Maßnahmen, die das MAGS in dieser Frage zurzeit erarbeitet und umsetzt.

Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss über den umfangreichen Antrag. Darin stehen viele vernünftige und gute Anregungen. Ich denke, dass uns das Ziel eint, dass wir bei diesem sehr sensiblen Krankheitsbereich eine gute Strategie für Nordrhein-Westfalen verfolgen wollen. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der Aussprache und gehen über zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/6356 an den Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage: Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und AfD sowie der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Keine Enthaltungen. Damit ist diese **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Ich rufe auf:

3 Working Spaces 2.0: Dezentrale, wohnortnahe Arbeitsplätze für Beschäftigte des Landes

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/6362

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der CDU dem Abgeordnetenkollegen Herrn Franken das Wort.

Björn Franken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus? Das ist zweifelsohne eine der großen Fragen, aber auch eine der großen Herausforderungen unserer Zeit, denn die Arbeitswelt, wie wir sie kennen, steht vor großen Veränderungen.

Auf der einen Seite haben wir die Digitalisierung. Sie prägt, sie verändert unsere Arbeitswelt grundlegend. Der Begriff „Arbeit 4.0“ ist in aller Munde, für Erste ist das bereits kalter Kaffee. Dennoch verändert der technologische Wandel, wie, wann und vor allen Dingen wo wir arbeiten. Welche Auswirkungen die künstliche Intelligenz auf ganze Branchen, auf unser Arbeitsleben, auf die Art und Weise der Zusammenarbeit haben wird, können wir uns nicht mal im Ansatz vorstellen.

Daneben haben der demografische Wandel und der daraus resultierende Mangel an Fach- und Arbeitskräften große Auswirkungen auf unsere Arbeitswelt. Die langfristigen Folgen für den Arbeitsmarkt, aber auch für unsere Sozial- und Gesundheitssysteme beschäftigen uns alle.

Nicht zuletzt haben sich besonders während der vergangenen Jahre die Ansprüche der immer begehrter werdenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stark verändert, sie sind auch stark gestiegen. Flexible Arbeitszeiten, Homeoffice, Work-Life-Balance und die Forderung nach Teilzeitangeboten sind nur einige der neuen Anforderungen. Darauf braucht es Antworten.

Ein Teil der Lösung für genau diese Veränderungen sind Working Spaces, ins Deutsche übersetzt: dezentrale Arbeitsplatzangebote, eine dezentrale Arbeitsplatzinfrastruktur außerhalb der normalen, der regulären Büroarbeitsplätze. Diese Möglichkeit des wohnortnahen, des mobilen Arbeitens in modern und bedarfsgerecht ausgestatteten Räumlichkeiten wird nicht nur bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sondern auch bei Arbeitgebern immer beliebter. Das gilt nicht nur für die private Wirtschaft, nein, das gilt auch für die öffentliche Verwaltung, denn auch die muss im „War for Talents“ bestehen und als Arbeitgeber attraktiv sein.

Besonders im ländlichen Raum bieten Working Spaces attraktive heimatnahe Bürolösungen. Arbeit-